

# Berufsfeuerwehr erhält Geld für Überstunden

Stadtverwaltung will Urteil des Bundesverwaltungsgerichts prüfen

Von Jörn Stachura

Von 2001 bis 2006 haben Braunschweigs Berufsfeuerwehrleute viel länger als erlaubt gearbeitet. Das Bundesverwaltungsgericht hat Donnerstag geurteilt, dass die zusätzliche Arbeitszeit vergütet werden muss. In Braunschweig geht es um bis zu 7,5 Millionen Euro.

Die Kommunalgewerkschaft Komba sieht den Rechtsstreit ausgereift und fordert von der Stadt Braunschweig „die sofortige Umsetzung des Urteils“.

Und auch der Braunschweiger Ortsverein des Berufsverbandes Feuerwehr fordert die Stadt auf, „unverzüglich finanziellen Ausgleich“ zu leisten.

Dabei geht es insgesamt um rund 500 000 Überstunden. Braunschweiger Berufsfeuerwehrleute, die diese Überstunden geleistet haben, hoffen auf Nachzahlungen von bis zu 40 000 Euro pro Person.



Feuerwehr Braunschweig, Foto: Rudolf Flentje

Seitens der städtischen Pressestelle heißt es: „Der Verwaltung liegt das Urteil noch nicht vor. Sie wird es sich jetzt besorgen und detailliert auswerten, um zu klären, welche Vorgaben daraus für die Art und Höhe der Abgeltungen hervorgehen.“

Es werden auch noch weitere Urteile zu diesem Thema erwartet.“

Gegebenenfalls seien diese auch noch abzuwarten, „damit die Verwaltung dann wie vorgesehen die Abgeltungen nach aktueller Rechtsprechung vornehmen kann“.

Insgesamt könnten sich tatsächlich Forderungen an die Stadt von maximal 7,5 Millionen Euro ergeben. Wie viel davon am Ende ausgezahlt werden muss, hänge von der Auswertung des Urteils sowie eventueller weiterer Urteile ab.